

Def vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Druckerei in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 25. September 1989

Blatt 2070

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Wiens Baudirektor dementiert Zustimmung zu Plänen des Verteidigungsministeriums für
Roßauer Kaserne (2071/FS: 22.9.)

Umweltmedizin wird immer wichtiger (2072/2073/FS: 23.9.)

Wohnpark Sandleiten eröffnet (2074/FS: 23.9.)

Umbau der Ausstellungsstraße (2075/FS: 24.9.)

Umweltberatung am Brunnenmarkt (2076/FS: 24.9.)

Statistische Mitteilungen: Der Wald in Wien (2077)

Bereits 25.000 Besucher bei der Wasserausstellung (2078)

Straßenbauarbeiten in der Linzer Straße (2079)

Reges Interesse für Grippeimpfaktion (2080)

Internationaler Kartographentag in Wien (2082)

Wiener ÖVP für Erhaltung der Linie „8“ (2083)

Hatzl: Tariferhöhung oder Verschlechterungen für ganz Wien? (2083)

Stadtbahn am Wochenende eingestellt (nur FS/22.9.)

U-Bahn-Fahrer von herrenlosem Hund gebissen (nur FS/24.9.)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Mittwoch Pressekonferenz über Mistwoche (nur FS)

Kultur:

Helmut-Qualtinger-Hof in Döbling (2081)

Mittwoch Pressegespräch über lateinamerikanische Literaturwoche (nur FS)

Wiens Baudirektor dementiert Zustimmung zu Plänen des Verteidigungsministeriums für Roßauer Kaserne

Wien, 22.9. (RK-KOMMUNAL) Zu einer Aussendung des Bundesministeriums für Landesverteidigung, nach der Wiens Baudirektor den Plänen dieses Ressorts über die Zukunft der Roßauer Kaserne zugestimmt habe, stellte Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Herbert BECHYNA gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ am Freitag fest: „Ich habe an diesen Sitzungen als Beamter der Stadt Wien teilgenommen und habe das Ergebnis der Gespräche zur Kenntnis genommen. Ich habe jedoch deutlich erklärt, daß die Entscheidungen von den politischen Gremien der Stadt zu treffen sind. Meine Funktion als Stadtbaudirektor ist die Vermittlung der Gespräche bzw. die Berichterstattung darüber an die politischen Entscheidungsträger. Ich muß daher die Behauptung des Verteidigungsministeriums, ich hätte den Planungen als offizieller Vertreter der Gemeinde Wien grundsätzlich zugestimmt, entschieden zurückweisen.“ (Schluß)
fk/bs

Bereits am 22. September 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Umweltmedizin wird immer wichtiger

Stacher eröffnete Enquete im Wiener Rathaus

Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Auf Einladung von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER fand Samstag vormittag im Wiener Rathaus eine Enquete über „Umweltmedizin“ statt. Der Gesundheitsstadtrat verwies in seiner Eröffnungsansprache auf die Deklaration des Wiener Gemeinderates zur Gesundheitsförderung in Wien. Diese am 27. Jänner 1989 einstimmig beschlossene Deklaration legt die „gemeinsame Verantwortung zur Förderung und Schaffung einer für die physische, psychische und soziale Entwicklung notwendigen gesunden Umwelt“ fest. Die Erforschung der engen Zusammenhänge zwischen Gesundheit und städtischer Umwelt ist eine der wichtigsten Aufgaben des Wiener städtischen Instituts für Umweltmedizin.

Institut für Umweltmedizin

Der Leiter des Instituts für Umweltmedizin, Dr. Reinhard LINDNER, erinnerte daran, daß die Geschichte der institutionalisierten Wiener Umweltmedizin schon kurz nach der Jahrhundertwende mit der Einführung regelmäßiger bakteriologischer und chemisch-physikalischer Untersuchungen des Hochquellwassers begonnen habe. Dafür sei damals die Furcht von Cholera und Typhus ausschlaggebend gewesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe man sich zunehmend mit der Gefährdung durch chemische Verunreinigungen beschäftigt. Immer häufiger werde nun die ärztliche Beurteilung der Luft-, der Badewasser- und Abwasserqualität sowie die Beurteilung von Strahlen und Lärm erforderlich. Dieser Entwicklung habe man in Wien durch die Erweiterung der „Hygienischbakteriologischen Untersuchungsanstalt“ zu einem Institut für Umweltmedizin Rechnung getragen. Dr. Lindner umschrieb die Umweltmedizin als die ärztliche Kunst, die sich mit der Verhinderung und Heilung von Krankheiten befasse, die durch — hauptsächlich vom Menschen verursachte — schädliche Einwirkungen der Umwelt hervorgerufen werden. Dementsprechend werden vom Institut Laboratoriumsuntersuchungen von Schadstoffen in der Umwelt vorgenommen. Derzeit arbeite man im Institut auch an einer Dokumentation, die durch Zugriff auf internationale Datenbanken in schwierigen Fällen rasch grundlegende Informationen zur Beurteilung bereitstellen könne.

Ein wichtiges Zukunftsgebiet der Arbeit des Instituts für Umweltmedizin werde die Wohnmedizin sein. Dabei soll untersucht werden, wie die Wohnumstände die Gesundheit beeinflussen. Dunkle, schlecht durchlüftete und feuchte Wohnungen könnten nicht gut für die Gesundheit sein — es fehlten aber noch weitgehend wissenschaftliche Beurteilungsgrundlagen. Zwar seien schnelle Lösungsmöglichkeiten nicht in Sicht, doch müsse sich die Umweltmedizin mit diesem Problem beschäftigen.

Pollenwarndienst in Österreich sehr gut ausgebaut

Dr. Siegfried JÄGER vom Wiener Gesundheitsamt referierte über „Die Rolle Österreichs in der aerobiologischen Forschung und Nutzanwendung in Europa“. Er stellte fest, daß in den letzten beiden Jahrzehnten Inhalationsallergien ständig zugenommen haben. Eine Studie in der Schweiz habe ergeben, daß um 1900 nur ein Prozent der Bevölkerung, gegenwärtig aber bereits 15 Prozent von allergischen Erkrankungen betroffen sind.

Die häufigste Ursache von Inhalationsallergien seien Pollen und Pilzsporen. Jährlich gingen in Österreich einige Millionen Arbeitstage durch Pollenallergien verloren. Durch den Pollenwarndienst würden etwa 70 Millionen Schilling an Medikamentenkosten und viereinhalb Millionen Krank-

Bereits am 23. September 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Forts. auf Blatt 2073

heitstage eingespart. In Österreich gebe es den Pollenwarndienst seit 1977 — als erste derartige Institution auf dem europäischen Kontinent. Heute haben 21 europäische Länder nationale und regionale Pollenwarndienste.

Wie Dr. Jäger erklärt, bemühe sich eine internationale Vereinigung von Aerobiologen seit etwa zwei Jahren um eine Standardisierung der Methoden und um eine Koordinierung der Forschungen. Eine Untersuchung habe ergeben, daß Österreich bei der Anzahl der Meßstellen pro Bevölkerungseinheit ebenso wie bei der Dichte des Meßstellennetzes unter 21 europäischen Ländern jeweils nach Bulgarien an der zweiten Stelle stehe. Die Daten aus den Meßstellen würden wöchentlich in Wien gesammelt und in Form von Tabellen und Graphiken an allergologisch tätige Ärzte und Krankenanstalten in Österreich und an die am Aerobiologie-Netzwerk beteiligten europäischen Länder versandt.

Auf internationaler Ebene sei beschlossen worden, in Zukunft eine engere Zusammenarbeit zu pflegen. Denn Pollen machen an den Staatsgrenzen nicht halt, sondern werden in vielen Fällen über weite Strecken transportiert.

In Wien sei, so Jäger, ein zentrales europäisches Datenbanksystem geschaffen worden. Diese Datenbank komme dem Allergiker direkt zugute, weil man sich nun bei einer Beratung für die Urlaubsplanung auf handfeste Daten stützen könne.

Internationale umweltmedizinische Organisation soll gegründet werden

Der Leiter der Medizin-Meteorologischen Beratungsstelle der Stadt Wien, Univ.-Lekt. Dr. Alois MACHALEK, wies darauf hin, daß es im umweltmedizinischen Sinn heute unzureichend sei, ausschließlich sogenannte Individualrisiken, wie Alkohol, Nikotin, Arbeitsplatzbelastungen usw., zu dokumentieren, man müsse auch kollektive Risiken, wie zum Beispiel Technologiefolgen, analysieren. Die Umweltmedizin gehöre als angewandte interdisziplinäre Wissenschaft generell im öffentlichen Gesundheitswesen verankert. Umweltmedizinische Beratungszentren müßten Auskunft über Umweltchemikalien, Trinkwasserqualitäten, Lebensmittelanalysen usw. geben, wie es in Wien schon der Fall sei. Wie Dr. Machalek anmerkte, bestehe in Wien das Bestreben, die Umweltmedizin zu internationalisieren und eine Internationale Umweltmedizinische Organisation (EMO Environmental Medicine Organisation) zu gründen.

Stacher: Priorität für Umwelt

Für ein verstärktes Umweltbewußtsein, speziell bei den Ärzten, sprach sich Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER am Samstag bei der Eröffnung der Enquete über „Umweltmedizin“ aus. Nach Meinung Stachers bestünde die Notwendigkeit, daß sich die Medizin in Zukunft wesentlich stärker als bisher der immer aktueller werdenden Umweltthemen annimmt. Das betreffe nicht nur den Bereich der Grundlagenforschung sondern auch die Praxis. In diesem Zusammenhang kündigte der Gesundheitsstadtrat auch den Ausbau des vor zwei Jahren geschaffenen Institutes für Umweltmedizin an. Der gegenwärtige Aufgabenbereich des Institutes — zur Zeit werden nicht nur Trinkwasser- und Badewasseruntersuchungen sondern auch chemische, bakterielle, virologische, biologische und elektrophysikalische Untersuchungen durchgeführt — soll wesentlich erweitert werden. (Schluß) sc/rr/bs/gg

Forts. von Blatt 2072

Wohnpark Sandeilen eröffnet

Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR eröffnete am Samstag nachmittag die Wohnhausanlage Sandeilen, die über insgesamt 252 Wohnungen und über 20.000 Quadratmeter Betriebsfläche verfügt. Mit einem Investitionsvolumen von rund 500 Millionen Schilling wurde der Wohnpark Sandeilen in ziemlich genau drei Jahren errichtet. Die neuartige Kombination von Wohnungen und Betrieben (im Verhältnis 1:1) weist in eine Richtung, die die Abkehr von der räumlichen Trennung zwischen Wohngebieten und Betriebsansiedlungen signalisiert.

Der Wohnpark Sandeilen wurde ohne öffentliche Förderungsmittel errichtet; das Finanzierungsmodell mit der Beteiligung privater Anleger ist allerdings in dieser Form nicht mehr auf neue Projekte übertragbar, weil die Steuerreform inzwischen geänderte Voraussetzungen geschaffen hat.

Auf dem Areal des Wohnparks Sandeilen in Wien-Ottakring standen früher die Fabriksgebäude von Austria-Email. Mit dem Bundesdenkmalamt wurde die Erhaltung des Eingangstrakts vereinbart, nämlich zweier Türme mit einer Verbindungsbrücke im Kreuzungsbereich Wilhelminenstraße/Sandeilengasse. Dieser Bereich wurde nahtlos in die neue Anlage integriert.

Die Betriebsflächen (kenntlich an den größeren Fenstern) wurden jeweils im Erdgeschoß und im ersten Obergeschoß angeordnet. Sie betragen etwas mehr als 20.000 Quadratmeter. 14 Firmen haben sich dort schon niedergelassen, mit weiteren acht Firmen laufen Verhandlungen. Nicht weniger als vier Firmen, also fast ein Viertel, sind auf dem Gebiet der Software tätig. Neben den beiden großen Handelsfirmen (KGM und BAU-PROFI) sind auch folgende Branchen vertreten: Maschinenerzeugung, Publizistik, Betriebsberatung, Sparkasse und Fotosatz.

Von den insgesamt 252 Wohnungen verfügen nicht weniger als drei Viertel über Loggia, Terrasse, Dachgarten oder Hausgarten. Zusammen mit den öffentlichen Flächen innerhalb des Wohnparks wurden damit auf diesem Areal mehr als 12.000 Quadratmeter Grünflächen geschaffen.

In der Anlage gibt es auch ein Polizeiwachzimmer und ein städtisches Kindertagesheim. Eine Sauna und zahlreiche Hobbyräume runden das infrastrukturelle Angebot an. (Schluß) red/bs

Bereits am 23. September 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Umbau der Ausstellungsstraße

Wien, 24.9. (RK-KOMMUNAL) Im 2. Bezirk weist die Ausstellungsstraße durch Zeitschäden bereits einen schlechten Fahrbahnzustand auf, sodaß ein Umbau der Hauptfahrbahn vom Praterstern bis zum Elderschplatz erforderlich geworden ist, dessen Kosten mit einem Betrag von 31,7 Millionen Schilling veranschlagt wurden. Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie genehmigte dieses Vorhaben in seiner Sitzung im September. (Schluß) pz/bs

Bereits am 24. September 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Umweltberatung am Brunnenmarkt

Wien, 24.9. (RK-KOMMUNAL) Tips und Informationen zum umweltbewußten Einkauf und umweltfreundlichen Verhalten geben das Mobile Büro des Bürgerdienstes gemeinsam mit den UmweltberaterInnen bei eigenen Marktaktionen. Die nächste Umweltberatung — im Rahmen der Aktion „Umweltbewußt einkaufen“ — findet am 26. September von 8 bis 13 Uhr auf dem Brunnenmarkt im 16. Bezirk statt. (Schluß) hrs/bs

Bereits am 24. September 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Statistische Mitteilungen: Der Wald in Wien

Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) 17,8 Prozent der Fläche des Bundeslandes Wien sind mit Wald bedeckt. Davon befinden sich 72 Prozent im Eigentum der Gemeinde Wien, 13 Prozent gehören den Bundesforsten, acht Prozent der Kirche, fünf Prozent privaten Eigentümern und zwei Prozent dem Bund. Dies und viele weitere statistischen Angaben finden sich in der neuesten Ausgabe der Statistischen Mitteilungen der Stadt Wien.

Grundpreisstatistik

Ein weiterer Beitrag in der neuesten Ausgabe der Statistischen Mitteilungen beschäftigt sich erstmalig mit der Erfassung und statistischen Auswertung der Grundstückspreise, an deren Zustandekommen die Stadt Wien als Gebietskörperschaft zwischen August 1983 und Dezember 1987 bei freihändigen Transaktionen als Käufer oder Verkäufer beteiligt war.

Die „Statistischen Mitteilungen“, Heft 1/89, sind im Statistischen Amt der Stadt Wien, MA 66, Volksgartenstraße 3, 1016 Wien zum Preis von 50 Schilling erhältlich. (Schluß) emw/bs

Bereits 25.000 Besucher bei der Wasserausstellung

Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Großer Erfolg für die Wasserausstellung „Alles fließt — so spannend kann Wasser sein“ in der Volkshalle des Wiener Rathauses: Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL begrüßte kürzlich bereits die 25.000ste Besucherin der Ausstellung. Die junge Dame, Kathrin BAUMANN, stammt aus Lausanne, ist angehende Krankenschwester und derzeit auf Wien-Aufenthalt, um Deutsch zu lernen. Als kleine Aufmerksamkeit für den Ausstellungsbesuch wurde die 25.000ste Besucherin von den Wiener Wasserwerken zu einer Tagesfahrt nach Wildalpen zu den Quellen des Wiener Wassers eingeladen. (Schluß) du/gg



Foto: PID/Mikes

Straßenbauarbeiten in der Linzer Straße

Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Für die Durchführung von Straßenbau- und Pflasterungsarbeiten im 14. Bezirk in der Linzer Straße, im Bereich von der Hochsatzengasse stadtauswärts bis zur Hütteldorfer Straße, wurde vom Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie in seiner September-Sitzung ein Betrag von 7,92 Millionen Schilling genehmigt. Im Rahmen dieser Bauarbeiten soll die vorhandene Pflasterdecke durch eine moderne Straßenkonstruktion mit einer Fahrbahndecke aus Asphaltbeton ersetzt werden. (Schluß) pz/rr

Reges Interesse für Grippeimpfaktion

Wien, 25.9. (RK-LOKAL) Der Appell von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER an die Wiener Bevölkerung, sich rechtzeitig, das heißt noch vor Beginn der „Grippezeit“, gegen Grippe impfen zu lassen, war offensichtlich erfolgreich: In der vorigen Woche machten über 3.300 Wienerinnen und Wiener von der Möglichkeit einer Impfung Gebrauch. Im Vergleich dazu: In der ersten Impfwache des Vorjahres waren es nur 2.100 Personen gewesen. Stacher sprach in diesem Zusammenhang die Hoffnung aus, daß diese erfreuliche Tendenz auch in den nächsten Wochen anhalten werde. Geimpft wird jeden Dienstag und Freitag von 9 bis 11 Uhr, und zwar bis einschließlich 10. November. Darüber hinaus steht dafür auch die Impfstelle des Gesundheitsamtes 1., Gonzagagasse 23, 2. Stock, Zimmer 215, jeden Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr, sowie die „Außenstelle“ des Bezirksgesundheitsamtes 8., Schlesingerplatz 4, Mittwoch von 10 bis 12.30 Uhr zur Verfügung. Die Impfung kostet 50 Schilling.

Möglichkeit von Abendimpfungen

Neben den bereits genannten Impfterminen werden seitens des Gesundheitsamtes auch noch Abendimpfstellen angeboten: In der Spezialambulanz 10., Gellertgasse 42-46, Mittwoch von 17 bis 19 Uhr, in der Mutterberatungsstelle, 21., Freytaggasse 32, Freitag von 17 bis 19 Uhr, sowie in der „Nachmittags“-Impfstelle 1., Neutorgasse 18, jeweils Donnerstag von 15 bis 17 Uhr. (Schluß) zi/rr

Helmut-Qualtinger-Hof in Döbling

Wien, 25.9. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß die Benennung der städtischen Wohnhausanlage in Wien 19, Daringergasse 12-20, in Helmut-Qualtinger-Hof. Der bereits zu Lebzeiten legendäre Kabarettist, Schauspieler und Schriftsteller Helmut Qualtinger hat bis zu seinem Tod im September 1986 in der Wohnhausanlage gewohnt.

Weitere Benennungen, die der Ausschuß beschloß:

Die städtische Wohnhausanlage in Wien 11, Kopalgasse 1, wird nach dem Simmeringer Gemeinderat Leopold Schwarz in „Leopold-Schwarz-Hof“ benannt. Die städtische Wohnhausanlage in Wien 12, Rosenhügelstraße 35, wird nach der bedeutenden sozialistischen Frauenfunktionärin und 3. Landtagspräsidentin Helene Potetz in „Helene-Potetz-Hof“ benannt. Die städtische Wohnhausanlage in Wien 20, Pappenheimgasse 31 — Jägerstraße 65-67 — Leipziger Straße 40, wird nach dem 1942 in Wilna hingerichteten Feldwebel Anton Schmid in „Anton-Schmid-Hof“ benannt. Schmid hatte seine Funktion als Feldwebel der deutschen Armee genützt, um zahlreiche Juden aus dem Wilnaer Ghetto das Leben zu retten.

Der zwischen Katharinengasse und Lehmgasse gelegene Teil der Absberggasse wird in Lehmgasse umbenannt. Die Umbenennung erfolgt in Anpassung an die bereits derzeit gebräuchliche Benennung des Straßenstückes.

Eine bisher unbenannte Verkehrsfläche in Wien 22, Code Nr. 6053, südlich der Alten Naufahrt (Kolonie Lobau) wird nach Prof. Josef Luitpold Stern in „Luitpold-Stern-Gasse“ benannt. Luitpold Stern war einer der großen Pioniere der Volksbildung in Österreich. (Schluß) gab/bs

Internationaler Kartographentag in Wien

Computerhilfe holt mehr aus den Stadtplänen heraus

Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Welche Möglichkeiten die elektronische Datenverarbeitung den Kartographen bietet, ist Thema des Kartographenkongresses, der derzeit im Kongreßzentrum Hofburg stattfindet und bis Mittwoch dauern wird. Fachleute aus der Schweiz, Deutschland, der DDR und Österreich nehmen daran teil.

Die Datenverarbeitungsexperten und Kartographen der Stadt Wien haben bei der Entwicklung des Computereinsatzes auf dem Gebiet der Erstellung von Spezialplänen mit Computerhilfe eine Vorreiterrolle gespielt. Heute ist der Einsatz dieser Technik aus vielen Bereichen der Stadtentwicklungsplanung nicht mehr wegzudenken. Die neuartige „digitale Stadtkarte“ bietet nämlich die Grundlage für ein umfassendes kommunales Informationssystem für Stadtplanung, Verkehrswesen, Bauwesen, Umweltschutz, Ver- und Entsorgung u.a.m. So können auf Knopfdruck Stadtpläne nicht nur in jedem beliebigen Maßstab ausgedruckt werden. Es lassen sich genauso mit ein paar Eingaben in den Computer Flächenwidmungs- und Nutzungspläne, Darstellungen der Biotope im Wiener Stadtgebiet und viele andere Themenkarten produzieren, wobei auch der Grad der Detaillierung und die graphische Ausführung wählbar sind. Die Erweiterung auf die elektronische Speicherung von unterirdischen Leitungen ist in Arbeit.

Bei dieser Tagung werden die Experten aus den vier Ländern den Stand ihrer graphischen Datenverarbeitung vergleichen und können bei gleichzeitig stattfindenden Fachausstellungen auch die neuesten Systeme und Kartenproduktionen kennenlernen. Dipl.-Ing. Erich WILMERSDORF vom Referat für Graphische Datenverarbeitung des Rechenzentrums der Stadt Wien (MD-ADV) wird einen der Fachvorträge halten.

Die Graphische Datenverarbeitung hat bei der Wiener Stadtverwaltung bereits eine mehr als 15jährige Geschichte. 1976 wurde damit begonnen, das gesamte Stadtgebiet (Straßennetz und Bauflächen) elektronisch zu speichern. Ein Jahr später war es bereits möglich, alle Wiener Baublöcke von einem Photoplotter automatisch zu zeichnen. Vor zehn Jahren wurde mit der computerunterstützten Stadtkartenproduktion begonnen. 1983 konnte — als erste Anlage dieser Art — ein kartographisches Scanner-system installiert werden. Inzwischen kann ein Computer elektronisch erfaßte Pläne bereits „verstehen“, wodurch eine Beschleunigung der Planerfassung möglich wird. (Schluß) and/rr

Wiener ÖVP für Erhaltung der Linie „8“

Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP-Gemeinderäte Dipl.-Ing. REGLER und Prof. KARL sprachen sich am Montag in einem Pressegespräch für die Erhaltung der Straßenbahnlinie „8“ auch nach der Inbetriebnahme der U-Bahn-Linie U 6 aus. Die Kostenersparnis bei der Einstellung des „8er“ sei wesentlich geringer als sie von Stadtrat Hatzl angegeben werde. Nach einer Studie von Univ.-Prof. Dr. Peter FALLER sei der Parallelbetrieb von „8er“ und U 6 der Vorzug zu geben. Die Alternative Linie 8 UND U 6 besitze gegenüber dem Alleinbetrieb der U 6 ein Nutzenverhältnis von 1,65 zu 1. Die geplante Autobuslinie „37 A“ sei keine ernstzunehmende Alternative, da der Bus am Gürtel eher stehen als fahren werde. Eine Führung auf der Trasse der „8er“ sei nur auf einem Teilstück möglich. Die Verlängerung der Linie „18“ vom Urban-Loritz-Platz in Richtung Nußdorfer Straße bei gleichzeitiger Verlängerung der Linie „9“ vom Westbahnhof nach Meidling wäre zwar eine Alternative, aber dann bräuchte man den „8er“ gar nicht einstellen, meinten die ÖVP-Gemeinderäte.

Prof. Karl kündigte an, daß er in der kommenden Gemeinderatssitzung eine Anfrage zur Linie 8 an Bürgermeister ZILK stellen werde. Dipl.-Ing. Regler gab sich optimistisch, daß der Verein „Fahrgast“ demnächst die erforderlichen rund 56.000 Unterschriften zur Einleitung einer Volksbefragung erreichen werde. In diesem Zusammenhang betonte Regler, daß aus demokratiepolitischen Erwägungen keine irreversiblen Maßnahmen, wie etwa Abriß der Gleise, gesetzt werden sollten. (Schluß) fk/bs

Hatzl: Tarifierhöhung oder Verschlechterungen für ganz Wien?

„8er“-Befürworter sollen sich endlich deklарieren

Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) „Diejenigen, die eine Weiterführung der Linie '8' fordern, sollen sich endlich deklарieren, wie dies finanziert werden soll. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder eine Tarifierhöhung oder die vorgesehenen Verbesserungen im Verkehrsnetz für die große Mehrheit der Wiener Bevölkerung nicht durchzuführen. Das würde bedeuten: keine Intervallverdichtungen auf den U-Bahn-Linien U 2, U 4, U 6, keine neue Autobuslinie '37 A' und damit keine Anbindung der Wirtschaftsuniversität und des Behördenzentrums, keine Verlängerung der Linien '11 A' und '12 A', keine Beiwagen bei der Linie 'J', keine ausfahrbaren Trittstufen beim '71er' — um nur die wichtigsten Verbesserungen zu nennen. Dies alles wird zum Großteil aus den Mitteln — rund 100 Millionen Schilling — finanziert, die aus einem Verzicht auf die Parallelführung der Linie '8' freierwerden.“ Dies betonte am Montag Verkehrsstadtrat Hatzl gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“.

Abschließend verwies Hatzl darauf, daß das komplette Verbesserungspaket im U-Bahn- sowie im Oberflächenverkehr, das rund 20 Linien betrifft, am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters in allen Einzelheiten vorgestellt wird. (Schluß) roh/rr